

Betriebsmitteln Bedacht nehmen müssen, aber doch nicht sofort alle Beschränkungen belegen können. Nur auf Grundlage einer einseitigen Organisation kann es nach der Ansicht der Staatsverwaltung gelingen, eine einseitige Verbrauchspolitik ebenso zu vermeiden, wie eine einseitige Produktionspolitik.

Der Krieg hat selbstverständlich die Exportfähigkeit zeit außerordentlich beeinträchtigt und sie wird gewiß nicht sofort in der ersten Zeit des Ueberganges wiederkehren. Im Gegenteil, zunächst wird man stark importieren müssen, ehe die Ueberschüsse der Produktion die Ausfuhr an das Ausland gestatten. Wie können nun die Auslandsbezüge finanziert werden? Daß wir Gold ausführen, ist unmöglich, vielmehr muß Gold aus dem Auslande herangezogen oder ausländische Goldguthaben beschafft werden. Hierfür käme zunächst der Effektenexport in Betracht. Wiewohl das österreichische Kapital hauptsächlich im Inlande Veranlagung findet, ist immerhin der österreichische Besitz an Auslandspapieren vor dem Kriege auf etwa eine Milliarde geschätzt worden. Der Verkauf ausländischer Effekten ist natürlich um so rentabler, je höher ihr Auslandskurs ist und je niedriger die Valuta steht. Allein die Erfahrung zeigt, daß an dem Besitz ausländischer Werte aus verschiedenen Gründen festgehalten wird. Ein Teil des ausländischen Effektenbesitzes, insbesondere die in England befindlichen Papiere, wurde während des Krieges unter dem Drucke der von der englischen Regierung angeordneten Maßregeln vielfach bereits verkauft. Schließlich ist auch zu berücksichtigen, daß ein wesentlicher Betrag der von Österreichern erworbenen ausländischen Werte einen Teil jener großen Vermögen bildet, bei denen weder die Neigung noch der Zwang zum Verkauf besteht. Die Summe ausländischer Zahlungsmittel, die durch Veräußerung fremder Werte zu beschaffen sein wird, dürfte daher keine allzugroße sein. Steht eine solche Transaktion ihrer Wirkung nach dasselbe dar, als für einen Privatbetrieb der Verkauf von Vermögensobjekten zur Erlangung von Vermitteln, so bedeutet andererseits die Ausfuhr heimischer Effekten und die Placierung von Anleihen oder anderen Titres im Auslande eine Zunahme der auswärtigen Verpflichtungen oder die Partizipation fremden Kapitals an österreichischen Unternehmungen. Die Möglichkeit des Exports heimischer Effekten wird vor allem davon bedingt, wie der Krieg ausgeht. Bei den Aussichten der Effektenausfuhr muß zwischen den in Gold verzinslichen Werten und den auf Kronenwährung lautenden Effekten unterschieden werden. Es ist selbstverständlich, daß die Lösung der Valutafrage die Möglichkeit, im Auslande die für den Wiederaufbau erforderlichen Kapitalien zu finden, entscheidend beeinflussen muß. Ob es sofort nach Friedensschluß möglich sein wird, staatliche Renten anleihen im Auslande zu placieren, wird die Zukunft zeigen. Eher dürfte die Begebung beschränkter Anleihen in Form von Schatzscheinen möglich sein. Solche Transaktionen würden vielleicht erleichtert werden, wenn ihnen die Form von Rohstoffanleihen gegeben werden würde, deren Erlös nur ein zur Bezahlung der Waren zu verwendendes Guthaben zu bilden hätte. Wenn der Staat nicht selbst eine Ware kauft, könnte ein solches Guthaben den Staatsfinanzen durch Abgabe von Devisen für industrielle Rohstoffbezüge dienen. Die Abgabe ließe sich in der Art durchführen, daß sie teilweise gegen die Verpflichtung der Rückzahlung in Gold oder Goldforderungen auf das Ausland vor sich ginge. Das hätte zur Folge, daß der Fiskus später eine Restitutio in natura bekommt und auch über das Goldguthaben frei disponieren kann. Die Industrie würde auf diesem Wege zum Export stark angereizt werden, da ihr dadurch ausländische Geldforderungen zulämen, die sie braucht, um ihre Goldverpflichtung an den Staat zu begleichen. Macht der Fiskus diese Transaktionen nicht mit den erwähnten Vorbehalten, sondern verkauft er die Devisen ohne diese Bedingungen, so fließt ihm der Gegenwert in Form inländischer Banknoten zu und er könnte ihn zur Bezahlung von Ausgaben oder zur Einschränkung des Notenumlaufes benutzen. In diesem Falle hätte das Rohstoffanleihen gleichzeitig die Bedeutung eines Valutalanlehens. Leichter dürfte die Möglichkeit der Unterbringung von Kommunalanleihen, Pfandbriefen und anderen Privateffekten im Auslande sein. Bei der Prüfung dieser Frage ist auch zu berücksichtigen, daß sich im feindlichen Auslande ein ziemlich großer Bestand österreichischer und ungarischer Werte, namentlich in Gold verzinslicher Papiere, befindet, von denen ein erheblicher Teil nach den neutralen Plätzen gewandert ist. Wenn nach dem Kriege die Verkehrsbeschränkungen entfallen und Papiere aus ausländischem Besitze lieferbar sind, wird sich die Arbitrage wieder einstellen und man muß an ein ziemlich starkes Rückströmen der im Auslande unterbrachten Effekten denken, wobei es fraglich ist, inwieweit man sich im Friedensvertrage gegen diese die Zahlungsbilanz beeinflussende Erscheinung sichern kann. Der Schutzwall für die Währung, den man durch Ablehnung der Devisenabgabe für Effektenimporte aufbaut, wird aber dann gleichzeitig auch zu einem Hindernis der Erlangung ausländischer Zahlungsmittel durch den Effektenexport nach den neutralen Ländern. Die besten Aussichten scheint nach dem Kriege die Ausfuhr von Privateffekten zu bieten. Außer dem Effektenexport eröffnen sich neue Kreditmöglichkeiten in der kurzfristigen Verschuldung im Warenhandel. Die wichtige Funktion der Londoner Exporthäuser in der Kredit- und Zahlungsvermittlung zwischen dem europäischen Kontinent und der Uebersee ist bekannt. Der Verkehr, den die Londoner Akzepthäuser und Auslandsbanken finanzieren, soll unmittelbar vor dem Kriege etwa 14 Milliarden Mark betragen haben. Die Finanzierung des deutschen Ueberseeimports nahm mit 2 1/2 Milliarden Mark oder mehr als der Hälfte den Weg über London. In dieser Richtung dürfte nach dem Kriege, der eine Schwächung aller Kriegführenden und eine Stärkung der Neutralen zur Folge hat, möglicherweise eine Wendung eintreten. Die Geldlosigkeit in Amerika, die eine Erweiterung des amerikanischen Finanzierungs- und Kriegsgeschäftes zu Ungunsten Englands erleichtert, begünstigt die Durchführung des internationalen Waren- und Transportgeschäftes in hohem Maße.

als Betriebschulden angesammelten Passiven allmählich zu beseitigen, und zwar neben der Bezahlung der laufenden Auslandsbezüge. Die richtige Verteilung der Rückzahlung auf längere Zeiträume und die Sicherung rechtzeitiger Proportionsmöglichkeiten haben daher die größte Bedeutung. Von den verschiedenen Vorschlägen zur Zentralisierung des Kredits trat zunächst jener der Gründung von Rohstofforganisationen der einzelnen Industrien hervor, die allein in der Uebergangszeit zum Import berechtigt und zur Verteilung der Rohstoffe auf die Mitglieder nach einem bestimmten Schlüssel verpflichtet wären. Darauf gründet sich ein zweiter, weitergehender Vorschlag der Errichtung von Rohstofforganisations-Aktiengesellschaften, denen alle Firmen einer bestimmten Produktionsgruppe angehören müssen und die auf Grund der Forderungen für gelieferte Rohstoffe Obligationen auszugeben hätten. Diese wären in einer Hand zu vereinigen und zur Grundlage einer über sämtlichen Rohstofforganisationen stehenden Finanzgründung, eine Holding Company, zu machen, die als eine zentrale Kreditorganisation der Großbanken und industriellen Syndikate gedacht wäre. Diese „Zentralbank“ würde sich nicht bloß auf den Kredit der zur Vereinigung gehörenden Großbanken und Syndikate, sondern infolge des Portefeuillebesitzes an Obligationen der Rohstofforganisationen auf die gesamte österreichische Industrie stützen. Andere Vorschläge gehen dahin, eine ausländische Finanzgruppe solle in der Art einen Kredit übernehmen, daß dadurch der größte Teil des Geldbedarfes der überseeischen Wareneinfuhr mindestens im ersten Jahre nach Friedensschluß unter Umständen für mehrere Jahre gedeckt wird. Gegen die Zentralisation des Kredits werden aber auch verschiedene Einwendungen erhoben und eine sichere Entscheidung der Frage ist derzeit nicht möglich. Bedenklich wäre die Schaffung eines förmlichen Einkaufsmonopols für ausländische Gründungen, dagegen wäre ausländisches Kapital heranzuziehen, zum Beispiel Auslandsbanken, die Filialen oder Tochterunternehmungen in Österreich schaffen oder sich an inländischen Bankunternehmungen stärker beteiligen.

Ein weiteres interessantes Kapitel ist dem Wiederaufbau der Industrie und des Exportes gewidmet. Hier sind namentlich die Ausführungen über die Notwendigkeit einer die Preisbildung regelnden staatlichen Intervention von Wichtigkeit. Auch im Friedensschlusse werden Beschränkungen verschiedener Art durch eine gewisse Periode aufrecht bleiben und eine allen Ansprüchen entsprechende Bedarfsdeckung längere Zeit hindurch unmöglich sein. Solange Beschränkungen des freien Verkehrs vorhanden sind, glaubt der Staat auf seinen Einfluß auf die Preisbildung nicht ganz verzichten zu können. Für die Währung bedeutet eine andauernde innere Teuerung ebenso eine Gefahr, wie eine von außen wirkende Erhöhung der Beschäftigung durch eine übermäßige Einfuhr. Es müßte daher die Verwaltung die Ingerenz auf die Preise dazu benutzen, um den rechtzeitigen Abbau der Kriegspreise zu erzielen und dadurch die internationale Konkurrenzfähigkeit und die Möglichkeit des Wiedereintrittes Österreichs in die Weltwirtschaft zu sichern.

Neue Freie

Die Aufgaben der Uebergangswirtschaft.

Wien, 10. Juli.
Der Generalkommissär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft, der Geheimrat und Sektionschef im Handelsministerium Richard Nieldl, hat den Mitgliedern des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses eine Denkschrift über die Aufgaben der Uebergangswirtschaft überreicht. Sie ist nach der Ansicht der Mitglieder des Ausschusses eine Fundgrube für die bedeutungsvollen Fragen, die im Zusammenhange mit der Uebergangswirtschaft aufstehen. Der Wert dieser Arbeit liegt nach dem Eindruck, den die Vertreter des Ausschusses gewonnen, darin, daß sie nicht nur die jetzige Lage und, soweit dies möglich ist, die voraussichtlich spätere Entwicklung darstellt, sondern auch eine große Reihe positiver Ideen über die Maßregeln enthält, die in der Zeit des Ueberganges zu ergreifen sein werden. Die Fülle des Materials gestattet nur die auszugsweise Wiedergabe des Gedankenganges einiger wichtiger Kapitel.
Die Hauptaufgaben der Uebergangswirtschaft betreffen die Deckung des Rohstoffbedarfes, die Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel, den Wiederaufbau der Industrie und des Exportes, die Sicherung des Schiffsraumes und die organisatorischen Maßnahmen. Hinsichtlich der Deckung des Rohstoffbedarfes steht man vor der Möglichkeit, daß sich gegen die Mittelmächte ein großer Ring bildet, der die Rohstoffbezüge nach dem Kriege behindert. Tritt der Fall ein, daß die Nachfrage nach Rohstoffen weit größer ist als das Angebot, dann muß sich ein Kampf um den Rohstoff entwickeln, der in weiterer Folge zu außerordentlichen Preissteigerungen führen wird, die gleichfalls die Bedarfsdeckung behindern. Daß die Kosten der Rohstoffe nach dem Kriege sich von den gegenwärtigen wesentlich unterscheiden werden, ist nicht anzunehmen. Bei dieser Entwicklung kann die Rohstoffzufuhr nicht nur nicht vergrößert, sondern sie muß mit aller Kraft in weitestgehendem Maße ausgenommen werden. Ob man hierbei eine Organisierung von Staatswegen unter Ausschaltung des Wettbewerbes durchführt oder ob sie nur die Wirksamkeit der Privaten vervollständigen soll, ist heute noch nicht entschieden, doch wird der Staat schon mit Rücksicht auf den Zusammenhang zwischen Rohstoffversorgung und Währung eingreifen müssen. Man wird nicht Firmen, die nicht rechtzeitig Auslandguthaben herangezogen und die ihr Vermögen überwiegend in Kriegsanleihen, inländischen Papieren usw. investiert haben, gegenüber anderen in günstigerer Lage befindlichen im Stich lassen können. Es müssen ferner alle Industrien nach Möglichkeit und gleichmäßig berücksichtigt werden und der Umstand, daß eine Industrie Rohstoffe bezieht, darf nicht eine andere der Mittel hierzu berauben. Dann wird in den einzelnen Gruppen für die entsprechende Aufteilung der Vorräte zu sorgen sein. Unter diesen Umständen ist die Kontrolle des Imports der Fabrikate von besonderer Wichtigkeit. Aber selbst wenn die Versorgung wegen der Schwierigkeit der Bedeckung des Rohstoffbedarfes sich nicht als richtig erweisen sollten, wird man die Einfuhr zeitgerecht sichern und vor allem den Rohstoffimport auf das notwendige Maß reduzieren müssen. Die einschlägigen Fragen lassen sich ohne eine einheitliche Organisation nicht lösen. Hierbei kommt noch ein Gesichtspunkt in Betracht. Neben den Rohstoffen wird man Nahrungs-, Futtermittel und Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen und Vieh aus dem Ausland beziehen müssen und es versteht sich von selbst, daß diese Käufe hinsichtlich der Beschaffung der Valuta und der Sicherung des Schiffsraumes mit den Rohstoffbezügen der Industrie parallel laufen werden. Man wird zwar auf die bessere Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln und der Landwirtschaft mit

Die Verhältnisse, die sich im Kriege entwickelt haben, rufen eine Steigerung der Kreditfähigkeit der Industrie und der Banken gegenüber dem Auslande herbei, so daß man glauben dürfte, es würden wie früher Rembourskredite ohne Deckung gegeben werden. Dem wirken jedoch andere Umstände entgegen, und es ist daher möglich, daß man stärker wie früher auf bedeckte Kredite angewiesen sein wird. Mit Rücksicht auf den geringen Besitz an ausländischen, namentlich neutralen Effekten muß man daher die Zulassung von inländischen Werten als Deckung erzielen. Eine Schwierigkeit bietet die Verteilung der Fälligkeiten, da es sich nicht lediglich um einen Rembourskredit, sondern um Betriebskredite handelt, die allmählich aus den Erträgen zu bezahlen sein werden. Wenn der Auslandsverkehr wieder vollständig aufgenommen sein wird, sind diese